

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
--------------------------	----

Literaturverzeichnis	XXXVII
----------------------------	--------

1. Teil. Überlegungen vor der Gestaltung von Verfügungen von Todes wegen

§ 1 Feststellung der gesetzlichen Erbfolge und des mutmaßlichen Nachlasses	1
§ 2 Das Pflichtteilsrecht als Schranke der erbrechtlichen Gestaltungsfreiheit	83
§ 3 Sonstige Schranken der Gestaltungsfreiheit	195
§ 4 Verfügungen von Todes wegen und Rechtsgeschäfte unter Lebenden	241
§ 5 Grundzüge des internationalen Erbrechts	273
§ 6 Grundzüge des Erbschaftsteuerrechts und steuerlich zweckmäßiger Gestaltungsmöglichkeiten	299
§ 7 Die Feststellung der Testierfähigkeit des Erblassers sowie die Aufgaben und Pflichten der Beratungsperson bei Verfügungen von Todes wegen	369

2. Teil. Die erbrechtlichen Gestaltungsmittel

§ 8 Zuwendungen des Nachlasses im Ganzen oder zu Bruchteilen	401
§ 9 Zuwendung einzelner Nachlassgegenstände	448
§ 10 Gestaltungen zur Erhaltung des Nachlasses für Endbedachte	488
§ 11 Erbrechtlich bindende Verfügungen von Todes wegen und die Möglichkeit ihrer Beseitigung	571
§ 12 Die Durchbrechung der erbrechtlichen Bindungswirkung durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	616
§ 13 Die Sicherung erbrechtlicher Erwerbsaussichten	629
§ 14 Gestaltungsmöglichkeiten von Ehegattenverfügungen von Todes wegen	648
§ 15 Einflussnahme des Erblassers über seinen Tod hinaus	706
§ 16 Widerruf und Aufhebung von Verfügungen von Todes wegen	818

3. Teil. Form, Formulierung und Aufbau von Verfügungen von Todes wegen

§ 17 Die Form der Errichtung von Verfügungen von Todes wegen	831
§ 18 Aufbau und äußere Gestaltung von Verfügungen von Todes wegen	869

4. Teil. Vorbereitende Erbfolgemeasures durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden

§ 19 Verträge mit und unter künftigen Erben	873
§ 20 Gesellschaftsvertragliche Nachfolgeregelungen	909

5. Teil. Fallgruppen von Gestaltungsmöglichkeiten von Todes wegen

§ 21 Regelungstypen im Privatbereich	947
§ 22 Typische Regelungsziele der Erblasser im Unternehmensbereich	1021

6. Teil. Die Beeinflussung der Erbfolge nach dem Erbfall

§ 23 Die Auslegung von Verfügungen von Todes wegen	1035
§ 24 Die Anfechtung von Verfügungen von Todes wegen	1065
§ 25 Die Ausschlagung der Erbschaft	1086
Sachverzeichnis	1095

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	VII
Literaturverzeichnis	XXXVII

1. Teil. Überlegungen vor der Gestaltung von Verfügungen von Todes wegen

§ 1 Feststellung der gesetzlichen Erbfolge und des mutmaßlichen Nachlasses	1
I. Die gesetzliche Erbfolge	1
1. Gesetzliche Erbfolge nach einem unverheirateten Erblasser	1
2. Die gesetzliche Erbfolge nach einem verheirateten Erblasser	5
a) Die Auswirkung der Eheaufhebung und Ehescheidung auf die gesetzliche Erbfolge	5
b) Die Feststellung des gesetzlichen Ehegattenerbrechts	6
c) Verheirateter Erblasser im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft	6
d) Verheirateter Erblasser in Gütergemeinschaft ohne Vereinbarung der Fortsetzung	11
e) Verheirateter Erblasser in Gütertrennung	12
f) Der Voraus des überlebenden Ehegatten	14
g) Der Dreißigste	17
h) Beeinflussung der gesetzlichen Ehegattenerbfolge durch Wahl des Güterstandes	18
3. Das gesetzliche Erbrecht des Lebenspartners	23
4. Gesetzliches Erbrecht bei „Nichtehelichen“	23
a) Die Regelungen bis zum 1.4.1998	23
b) Die Regelung für Erbfälle bis 28.5.2009	25
c) Gesetzliche Neuregelung für Erbfälle ab dem 29.5.2009	27
5. Gesetzliches Erbrecht bei Adoption	27
a) Die Änderung des Adoptionsverfahrens	27
b) Erbrechtliche Wirkung der Altadoptionen	28
c) Erbrechtliche Wirkung der Volladoption Minderjähriger	28
d) Erbrechtliche Wirkung der Adoption Volljähriger	28
e) Die Überleitung der Altadoptionen	29
f) Die Aufhebung der Adoption	31
g) Die erbrechtliche Wirkung der Verwandtenadoption	32
h) Die erbrechtliche Wirkung der Stiefkindadoption	32
i) Hinweise für die Beratungs- und Beurkundungspraxis	33
6. Die Feststellung des Fiskalerbrechts	36
II. Die Feststellung des vermutlichen Nachlasses	37
1. Notwendigkeit	37
2. Unvererbliche Rechtsbeziehungen	38
3. Digitaler Nachlass	39
4. Auf Lebenszeit beschränkte oder auf den Tod bestellte Rechte	40
a) Gesetzlich auf Lebenszeit beschränkte Rechte	40
b) Quasivererblichkeit von auf Lebenszeit beschränkten Rechten	41
c) Rechtsgeschäftlich auf Lebenszeit beschränkte oder auf den Tod bestellte Rechte	43
5. Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Todesfall.....	48
6. Das sog. Oder-Gemeinschaftskonto	48
7. Unentgeltliches schuldrechtliches Wohnrecht auf den Tod	49

8. Haftung für fremde Schuld	50
a) Bürgschaften	50
b) Abstrakte Schuldversprechen und Grundschuldbestellungen im Fremdinteresse	51
9. Vererbung von Anwartschaftsrechten und Rechtslagen	52
10. Ansprüche wegen enttäuschter Erberwartung oder fehlgeschlagener Vergütungserwartung	54
a) Bei Dienstleistungen	54
b) Bei sonstigen Leistungen	55
11. Ansprüche aus der Beendigung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	56
12. Kostenersatz und Anspruchsüberleitung nach Sozialhilferecht (SGB XII)	59
a) Erstattungsansprüche gegen den Erblasser	59
b) Kostenersatzungspflicht der Erben gem. § 102 SGB XII	60
c) Die Überleitung des Schenkungswiderrufsanspruchs nach § 528 BGB	61
d) Die Überleitung anderer Ansprüche des Hilfeempfängers insbesondere von Versorgungsansprüchen (§ 93 SGB XII)	62
e) Überleitung von Unterhaltsansprüchen nach bürgerlichem Recht (§ 94 SGB XII)	64
f) Der Zugriff auf erbrechtliche Ansprüche	64
13. Die Vererbung erbrechtlicher Rechtsstellungen	64
a) Unvererblichkeit der Erbaussicht	64
b) Unvererblichkeit der Aussicht auf Vermächtniserwerb	65
c) Vererblichkeit der Nacherbenanwartschaft	66
d) Vererblichkeit der Rechtsstellung des Vorerben	69
e) Vererblichkeit des entstandenen Pflichtteilsanspruchs	69
f) Vererbung der Haftung des Beschenkten für den Pflichtteils- ergänzungsanspruch	70
g) Vererblichkeit des Ausschlagungsrechts	71
14. Die Vererblichkeit familienrechtlicher Rechtsstellungen	73
a) Die vererbliche nachehelichen Unterhaltspflicht gem. § 1586b BGB ...	73
b) Die Vererblichkeit des güterrechtlichen Zugewinnausgleichsan- spruchs	74
c) Vererblichkeit des Miterbenvorkaufsrechts	75
d) Vererblichkeit bei der Gütergemeinschaft	76
e) Unterhaltsanspruch der schwangeren Erbenmutter (§§ 1963, 2114) ...	77
15. Vererblichkeit des Schmerzensgeldanspruchs	77
16. Vererblichkeit von Mitgliedschaftsrechten	77
a) Rechtsfähiger Verein	77
b) Eingetragene Genossenschaften	77
c) Gesellschaft mit beschränkter Haftung	77
d) Aktiengesellschaft	78
e) Offene Handelsgesellschaft	78
f) Kommanditgesellschaft	79
g) Die Partnerschaftsgesellschaft	80
h) Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	80
i) Stille Gesellschaft	80
17. Vereinigung von Schuld und Forderung durch den Erbfall (Konfusion) ...	80
§ 2 Das Pflichtteilsrecht als Schranke der erbrechtlichen Gestaltungsfreiheit	83
I. Der ordentliche Pflichtteil	83
1. Rechtsnatur und Höhe des Pflichtteils	83
2. Pflichtteilsberechtignte Angehörige	84
3. Entstehung und Voraussetzung des ordentlichen Pflichtteilsanspruchs	85
a) Voller Pflichtteil	86
b) Zusatzpflichtteil	88

Inhaltsverzeichnis

c) Beschränkungen oder Beschwerden nach früherer Rechtslage	89
d) Quoten- oder Wertvergleich?	89
e) Beginn der Ausschlagungsfrist zwecks Pflichtteilsverlangen	89
f) Wirkung der Ausschlagung zwecks Pflichtteilsverlangen	91
g) Feststellung des für die Pflichtteilsquote maßgeblichen Erbteils	93
h) Besonderheiten des Ehegattenpflichtteils bei der Zugewinn- gemeinschaft	94
4. Die für den Pflichtteil maßgebliche Nachlassbewertung	97
a) Feststellung des Nachlassbestandes	97
b) Die Bestimmung des Nachlasswertes	100
c) Einzelfälle der Nachlassbewertung	102
5. Die Träger der ordentlichen Pflichtteilslast	113
a) Im Außenverhältnis	113
b) Im Innenverhältnis	113
c) Abweichende Regelung der Pflichtteilslast durch den Erblasser	116
6. Der Schutz des eigenen Pflichtteils des Bedachten	117
a) Der Schutz des Erbenpflichtteils	117
b) Ist der Erbe oder Miterbe selbst pflichtteilsberechtigt und	117
c) Der Schutz des Pflichtteils des Vermächtnisnehmers	119
7. Folgerungen für die Beurkundungspraxis	120
8. Übersicht über die Pflichtteilsrechte von Erben und Vermächtnis- nehmern	121
II. Der außerordentliche Pflichtteil (Pflichtteilsergänzungsanspruch wegen Schenkungen)	123
1. Zweck und Anspruchsinhalt	123
2. Nachlassminderung durch Schenkung des Erblassers	124
a) Schenkungsbegriff	124
b) Missverhältnis von Leistung und Gegenleistung	125
c) Einzelfälle	126
3. Ausschlussfrist für die Berücksichtigung der Schenkung (zeitliche Schranke)	136
4. Die Berechtigten des Pflichtteilsergänzungsanspruchs	138
a) Enterbte als Berechtigte (§ 2325)	138
b) Erben als Berechtigte (§ 2326)	141
5. Die Schuldner der Pflichtteilsergänzungsansprüche	141
a) Der selbst nicht pflichtteilsberechtigte Erbe	141
b) Der selbst pflichtteilsberechtigte Erbe	142
c) Die subsidiäre Haftung des Beschenkten	142
6. Die Berechnung des Pflichtteilsergänzungsanspruchs	144
a) Bei Schenkungen an Dritte, dh Nichterben	144
b) Bei Eigenschenkungen an den Ergänzungsberechtigten selbst	145
c) Die Bewertung der Schenkung beim Pflichtteilsergänzungsanspruch (Niederstwertprinzip)	147
7. Folgerungen für die Beurkundungspraxis	150
III. Die Berücksichtigung von Vorempfängen bei Erb- und Pflichtteils- ansprüchen	151
1. Die Ausgleichung von Vorempfängen bei der Erbteilung (Erbteilungs- ausgleichung)	152
a) Beim Vorliegen der gesetzlichen Erbfolge (§§ 2050 ff.)	152
b) Beim Vorliegen von Quotengleichheit bei der gewillkürten Erbfolge (§ 2052)	152
c) Normzweck	153
d) Ausgleichungspflichtiger und -berechtigter Personenkreis	153
e) Gegenstand der Erbteilungsausgleichung	154
f) Ausgleichungsvoraussetzungen	154

Inhaltsverzeichnis

g) Übersicht über die gem. § 2050 ausgleichspflichtigen Zuwendungen	158
h) Einflussmöglichkeit des Erblassers auf die Erbteilungsausgleichung ...	159
i) Zeitpunkt und Form der Ausgleichungsanordnung gem. § 2050 Abs. 3	159
k) Möglichkeiten und Grenzen nachträglicher Ausgleichungsanordnung oder ihre Aufhebung	160
l) Durchführung der Ausgleichung bei der Erbauseinandersetzung	163
m) Ausgleichung bei besonderen Leistungen eines Abkömmlings (§ 2057a)	165
n) Der Auskunftsanspruch der gesetzlichen Erben über Vorempfänge nach § 2057 BGB	166
o) Folgerungen für die Beurkundungspraxis	166
2. Die Fernwirkungen der Erbteilungsausgleichung auf den Pflichtteil (Pflichtteilsausgleich)	172
a) Pflichtteilsausgleichung auf Grund hypothetischer gesetzlicher Erbfolge	172
b) Die Durchführung der Pflichtteilsausgleichung	173
3. Die Anrechnung von Vorempfängen auf den Pflichtteil	175
a) Die Anrechnungspflicht	175
b) Die Anrechnungsbestimmung	177
c) Die Durchführung der Anrechnung	178
d) Folgerungen für die Beurkundungspraxis	180
4. Streitvermeidende Regelungen bezüglich künftiger Pflichtteilsansprüche	182
5. Das Zusammentreffen von Ausgleichungs- und Anrechnungspflicht	185
6. Der Pflichtteilsergänzungsanspruch neben Ausgleichung und Anrechnung	185
a) Pflichtteilsergänzung nach §§ 2325 ff. neben der Ausgleichung gem. §§ 2316, 2050 ff.	185
b) Pflichtteilsergänzungsanspruch bei Eigengeschenk gem. § 2327 Abs. 1 S. 2 neben der Pflichtteilsanrechnung gem. § 2315	185
c) Pflichtteilsergänzungsanspruch bei Eigengeschenk gem. § 2327 neben der Ausgleichungspflicht gemäß § 2316	186
7. Anrechnung und Zugewinnausgleich	187
IV. Der Auskunfts- und Wertermittlungsanspruch des Pflichtteilsberechtigten	187
1. Anspruchsinhalt	187
2. Anspruchsgläubiger	188
3. Anspruchsschuldner	189
4. Prozessuale Durchsetzung	190
V. Die Verjährung im Pflichtteilsrecht	190
VI. Pflichtteil und Erbschaftsteuer	192
§ 3 Sonstige Schranken der Gestaltungsfreiheit	195
I. Gesetz- oder sittenwidrige Verfügungen von Todes wegen	195
1. Verstoß gegen Verbotsgesetze	195
a) Allgemein	195
b) Zuwendungsverbot nach § 14 HeimG	195
2. Verstoß gegen die guten Sitten	198
a) Der Rechtsbegriff der guten Sitten	198
b) Einzelfälle sittenwidriger Verfügungen von Todes wegen	199
c) Insbesondere das Geliebten Testament	200
d) Insbesondere das Behinderten Testament	202
e) Insbesondere sittenwidrige Bedingungen	203
f) Aushöhlungsunfähigkeit bindender Verfügungen von Todes wegen	206
g) Für die Beurteilung maßgeblicher Zeitpunkt	206

Inhaltsverzeichnis

h) Rechtsfolgen des Verstoßes gegen die guten Sitten	207
i) Sittenwidriges Zustandekommen einer Verfügung von Todes wegen ..	208
II. Einschränkungen durch den erbrechtlichen Typenzwang	208
1. Eingrenzung der Gestaltungsfreiheit im Erbrecht	208
2. Insbesondere Verbote, die der Sicherung der Testierfreiheit dienen	209
a) Grundsatz der formellen Höchstpersönlichkeit (Verbot der Stellvertretung)	209
b) Grundsatz der materiellen Höchstpersönlichkeit (Verbot der Drittbestimmung)	209
c) Verbot der Erbenauswahl durch einen Dritten	210
d) Ausnahmen vom Drittbestimmungsverbot	213
e) Insbesondere Auswahl des Bedachten beim Vermächtnis	214
f) Insbesondere Auswahl des Gegenstandes beim Vermächtnis	217
g) Auswahl der Person des Bedachten und des Vermächtnisgegenstandes	219
h) Sog. Supervermächtnis	219
i) Insbesondere Auswahl der Person des Begünstigten und des Leistungsumfanges bei der Auflage	219
3. Insbesondere zeitliche Grenze der Wirksamkeit erbrechtlicher Anordnungen	221
4. Insbesondere Unzulässigkeit rechtsgeschäftlicher Beschränkung der Testierfreiheit	222
a) Geltungsbereich und Normzweck	222
b) Rechtsfolgen des Verstoßes	223
c) Möglichkeiten der Umdeutung	223
d) Zulässige Möglichkeiten zur Beeinflussung des Erblasserwillens	224
5. Inhaltliche Grenzen der Selbst- und Fremdbeschränkung der lebzeitigen Verfügungsfreiheit	225
a) Unzulässigkeit einer rechtsgeschäftlichen dinglichen Verfügungsbeschränkung	225
b) Zulässigkeit schuldrechtlicher Verfügungsbeschränkungen	226
c) Verstärkungsmöglichkeiten der schuldrechtlichen Verfügungsbeschränkungen	228
III. Einschränkungen durch Selbstbindung des Erblassers	230
IV. Einschränkung der Testierfähigkeit durch das landwirtschaftliche Sondererbrecht (Anerbenrecht)	231
1. Hofeigenschaft	232
2. Gesetzliche Hoferbenordnung	233
3. Hoferbenbestimmung	234
4. Sondererbfolge	235
5. Abfindung der weichenden Erben	235
6. Die Beschränkung der Testierfähigkeit kraft Höferechts	237
7. Der Schutz des bindend bestimmten Hofnachfolgers vor der Hofaufhebung	238
§ 4 Verfügungen von Todes wegen und Rechtsgeschäfte unter Lebenden	241
1. Schenkungen auf den Todesfall	241
a) Versprechensschenkung von Todes wegen mit Überlebensbedingung = Schenkung von Todes wegen (§ 2301 Abs. 1 BGB)	241
b) Im Vollzug auf den Tod des Schenkers aufschiebend befristete Handschenkungen (§ 516 BGB)	242
c) Versprechensschenkung unter Lebenden auf den Tod ohne Überlebensbedingung = auf den Tod befristete Schenkung (§ 518 BGB)	244
d) Vollzogenes Schenkungsversprechen auf den Tod mit Überlebensbedingung (§ 2301 Abs. 2 BGB)	245

e) Insbesondere die Einschaltung eines Mittlers zum Vollzug von Rechtsgeschäften unter Lebenden auf den Tod	247
f) Prüfungsreihenfolge bei Schenkungen auf den Tod	248
2. Vertrag zugunsten Dritter auf den Tod (§§ 328, 331 BGB)	249
a) Allgemeines zum Vertrag zugunsten Dritter (§§ 328 ff. BGB)	249
b) Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall (§ 331 BGB)	251
c) Schenkungen durch Verträge zugunsten Dritter auf den Tod	252
d) Sicherungsmöglichkeiten gegen den Erbenwiderruf	253
e) Praktische Anwendung der Verträge zugunsten Dritter auf den Tod	254
f) Formulierungsbeispiele für Verträge zugunsten Dritter auf den Tod	258
3. Abgrenzung von lebzeitigen und letztwilligen Rechtsgeschäften und Entscheidungen in Zweifelsfällen	259
a) Abgrenzung	259
b) Wohlwollende Auslegung und Umdeutung	260
4. Die Kritik an der Zulässigkeit und Wirkung von unentgeltlichen Rechtsgeschäften unter Lebenden auf den Tod	261
5. Die Vorteile von Rechtsgeschäften unter Lebenden auf den Tod gegenüber erbrechtlichen Lösungen	263
a) Umfassende Bindungs- und Sicherungsmöglichkeit	263
b) Formfreiheit	264
c) Keine Höchstpersönlichkeit und kein Verbot von Sukzessivbeurkundungen	264
d) Möglichkeiten der Drittbestimmung des Zuwendungsempfängers	265
e) Keine Anfechtung wegen Motivirrtums	265
f) Möglichkeit gegenseitiger Verträge	265
g) Durchbrechung der Bindungswirkung von Erbverträgen und gemeinschaftlichen Testamenten	266
h) Abwicklung am Nachlass vorbei	266
i) Nur Einzelzuwendung	266
k) Ungeeignet für Pflichtteilsminderung und Gläubigerrechteverdrängung	267
l) Kein Wegfall bei Ehescheidung	267
6. Vergleichende Übersicht der Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Tod	267
7. Rechtsgeschäfte unter Lebenden in Verfügungen von Todes wegen	269
a) Widerruf einer Schenkung	269
b) Erteilung und Widerruf einer Vollmacht	270
c) Bestimmung des Dritten beim Vertrag zugunsten Dritter	270
d) „Gegenleistungen“ in Verfügungen von Todes wegen	270
e) Entgeltlicher Erbvertrag	271
f) Rechtsgeschäfte unter Lebenden zur Sicherung erbrechtlicher Erwerbsaussichten	272
§ 5 Grundzüge des internationalen Erbrechts	273
I. Auslandsberührung, Anknüpfungsgegenstand und Anknüpfungspunkt, Qualifikation	273
1. Auslandsberührung	273
2. Staatsvertragliche Regelung	273
3. Nationales Kollisionsrecht, bisherige Rechtslage	274
a) Erbfälle bis zum 16. August 2015	274
b) Differenzierung für Erbfälle bis zum 16. August 2015 und ab dem 17. August 2015	275
II. Regelungen der Europäischen Erbrechtsverordnung zum anwendbaren Recht	275
1. Allgemeines	275
2. Auslegung	276
3. Anwendungsbereich	276
a) Zeitlicher Anwendungsbereich	276

b) Als anwendbar in Betracht kommendes Recht	276
c) Sachlicher Anwendungsbereich	277
4. Anknüpfung	278
a) Regelanknüpfung: gewöhnlicher Aufenthalt, Art. 21 Abs. 1 EuErbVO	278
b) Offensichtlich engere Verbindung zu einem anderen Staat, Art. 21 Abs. 2 EuErbVO	279
5. Gültigkeit einer Verfügung von Todes wegen	279
a) Errichtungsstatut	279
b) Zulässigkeit und materielle Wirksamkeit	279
c) Form	280
d) Besonderheiten bei Erbverträgen	281
6. Rechtswahl	282
a) Wahl des Erbstatuts, Art. 22 EuErbVO	282
b) Form der Rechtswahl	283
c) Rechtswahlerklärung	283
d) Änderung und Widerruf der Rechtswahl	283
7. Arten der Rechtswahl	284
a) Wahl des Errichtungsstatuts	284
b) Wahl des Erbstatuts	284
c) Kombinierte Wahl des Errichtungs- und des Erbstatuts	284
d) Besonderheiten beim Erbvertrag (und gemeinschaftlichen Testament mit Bindungswirkung)	285
8. Bindungswirkung der Rechtswahl	285
9. Zweckmäßigkeit der Rechtswahl	287
10. Verichtsvereinbarungen	288
11. Übergangsregelungen	288
III. Sonstige Regelungen	289
1. Überblick	289
2. Europäisches Nachlasszeugnis	289
3. Internationale Zuständigkeit in Erbsachen	289
4. Ausschlagung	290
IV. Nachlassspaltung, Rück- und Weiterverweisung	291
V. Statutenwechsel	291
VI. Die internationale Zuständigkeit der Notare	292
VII. Vorgehensweise bei Verfügungen von Todes wegen mit Auslandsberührung ..	292
VIII. Eingrenzung der Verantwortung in Fällen mit Auslandsberührung	294
IX. Überblick über die erbrechtlichen Anknüpfungspunkte ausländischer Drittstaaten-Rechtsordnungen	296
X. Das Erbrecht der ehemaligen DDR und seine Überleitung	297
 § 6 Grundzüge des Erbschaftsteuerrechts und steuerlich zweckmäßiger Gestal- tungsmöglichkeiten	299
I. Grundzüge der Erbschaft- und Schenkungsteuer	299
1. Grundlagen	299
a) Überblick	299
b) Rechtsgrundlagen	299
c) Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG)	300
d) Rechtsnatur	304
e) Verhältnis zu anderen Steuern	304
f) Maßgeblichkeit des Zivilrechts; steuerliche Anerkennung unwirk- samer Testamente	305
g) Steuerpflichtiger Erwerb	306
2. Persönliche Steuerpflicht (§ 2 ErbStG)	306
a) Unbeschränkte Steuerpflicht	306

b) Beschränkte Steuerpflicht	307
c) Doppelbesteuerung	307
d) Gesamthandsgemeinschaften als Zuwendungsbeteiligte	308
3. Sachliche Steuerpflicht (§§ 1, 3, 7, 8 ErbStG)	309
a) Erwerb von Todes wegen (§ 3 ErbStG)	309
b) Schenkungen unter Lebenden (§ 7 ErbStG)	312
c) Zweckzuwendungen (§ 8 ErbStG)	313
d) Familienstiftung und familienbezogene Vereine (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 ErbStG)	313
4. Wertermittlung und Begünstigung	313
a) Grundlagen, verfassungsrechtliche Anforderungen	313
b) Allgemeines zur Bewertung von Grundvermögen	314
c) Unbebaute Grundstücke	315
d) Bebaute Grundstücke	316
e) Erbbaurechte	324
f) Betriebsvermögen, Gesellschaftsanteile	326
g) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	332
h) Bewertung von sonstigem Vermögen	334
i) Bewertungsstichtag	335
5. Abzug von Nachlassverbindlichkeiten (§ 10 Abs. 5 ff. ErbStG)	335
6. Steuerbefreiungen	336
a) Sachliche Steuerbefreiungen	336
b) Allgemeiner persönlicher Freibetrag (§ 16 ErbStG)	338
c) Versorgungsfreibetrag (§ 17 ErbStG)	339
7. Zugewinnngemeinschaft (§ 5 ErbStG)	339
a) Güterstand	339
b) Erbrechtliche Lösung (§ 5 Abs. 1 ErbStG)	340
c) Güterrechtlicher Zugewinnausgleich im Todesfall (§ 5 Abs. 2 Alt. 2 ErbStG)	341
d) Güterrechtlicher Zugewinnausgleich zu Lebzeiten (§ 5 Abs. 2 Alt. 1 ErbStG); Scheidung, Gütertrennung, Güterstandsschaukel	342
8. Vor- und Nacherbschaft (§ 6 ErbStG), betagte Vermächtnisse	343
a) Zivilrechtlicher Überblick	343
b) Die Besteuerung des Vorerben (§ 6 Abs. 1 ErbStG)	343
c) Die Besteuerung des Nacherben bis zum Eintritt des Nacherbfalles	343
d) Nacherbfolge beim Tod des Vorerben (§ 6 Abs. 2 ErbStG)	344
e) Nacherbfolge zu Lebzeiten des Vorerben (§ 6 Abs. 3 ErbStG)	345
f) Nachvermächtnisse und beim Tode des Beschwerten fällige Vermächtnisse (§ 6 Abs. 4 ErbStG)	345
9. Berechnung der Steuer	346
a) Steuerklassen (§ 15 ErbStG)	346
b) Steuersätze (§ 19 ErbStG)	348
c) Berücksichtigung früherer Erwerbe (§ 14 ErbStG)	349
d) Mehrfacher Erwerb desselben Vermögens (§ 27 ErbStG)	350
10. Entstehung, Festsetzung und Erhebung der Steuer	351
a) Entstehung und Fälligkeit der Steuer (§ 9 ErbStG)	351
b) Steuererklärung, Anzeigepflichten, Zuständigkeit (§§ 30 ff. ErbStG) ...	352
c) Besteuerung von Renten und Nutzungen (§ 23 ErbStG)	353
II. Steuerlich zweckmäßige Gestaltungsmöglichkeiten	353
1. Grundlagen	353
2. Gestaltungsmöglichkeiten zu Lebzeiten des Erblassers	354
a) Ausnutzung von Freibeträgen und Staffeltarif	354
b) Rechtzeitige Übergabe	355
c) Vermeidung einer ungünstigen Steuerklasse	355
d) Doppelte Besteuerung vermeiden	356

e) Insbesondere: Nacherbfolge vermeiden	356
f) Insbesondere: Überspringen einer Generation	356
g) Insbesondere: Einzelfallprüfung beim Berliner Testament	357
h) Insbesondere: Zweckvermächtnis nach dem erstversterbenden Ehegatten beim Berliner Testament („Supervermächtnis“)	359
i) Vereinbarungen zum Güterstand	360
j) Wechsel des Familienstandes	362
k) Wechsel des anwendbaren Rechts	363
l) Getrennte Zuwendung von Vermögen und Vermögensnutzung	363
m) Abzug von Schulden	364
n) Privilegierte Vermögensarten nutzen!	364
o) Lebensversicherung	364
p) Abweichende Anordnung der Steuertragung (§ 10 Abs. 2 ErbStG)	365
3. Gestaltungsmöglichkeiten nach dem Erbfall	366
a) Einverständliche Geltendmachung des Pflichtteils, Verzicht auf den (noch nicht) geltend gemachten Pflichtteil	366
b) Ausschlagung der Erbschaft aus erbschaftsteuerlichen Gründen	367
c) Erbauseinandersetzung zur Erlangung von Begünstigungen	368
 § 7 Die Feststellung der Testierfähigkeit des Erblassers sowie die Aufgaben und Pflichten der Beratungsperson bei Verfügungen von Todes wegen	369
I. Die Feststellung der Testierfähigkeit des Erblassers	369
1. Der Begriff der Testierfähigkeit	369
2. Die Voraussetzungen der Testierunfähigkeit	371
a) Geistesstörung und Geistesschwäche	371
b) Bewusstseinsstörung	373
c) Einsichtsfähigkeit	373
d) Freie Willensbildung	374
e) Geistesstörung	375
f) Partielle und abgestufte Testierfähigkeit	375
3. Die eingeschränkte Testierfähigkeit und die faktische Testierunfähigkeit	376
a) Eingeschränkte Testierfähigkeit	376
b) Faktische Testierunfähigkeit	376
4. Fähigkeit zum Abschluss eines Erbvertrages	377
5. Maßgeblicher Zeitpunkt	378
6. Beweis- und Feststellungslast	378
7. Prüfung, Feststellung und Protokollierung der Testier- und Geschäftsfähigkeit durch den Notar	380
8. bersicht über die Testier- und Erbvertragsfähigkeit	381
II. Die Aufgaben und Pflichten der Beratungspersonen bei Verfügungen von Todes wegen	382
1. Allgemeines	382
2. Allgemeine Pflichten der Notare bei der Beurkundung	388
a) Pflicht zur Willensermittlung (§ 17 Abs. 1 S. 1 BeurkG)	388
b) Pflicht zur Sachaufklärung (§ 17 Abs. 1 S. 1 BeurkG)	388
c) Belehrungspflicht aus Urkundstätigkeit über die „rechtliche Tragweite“ (§ 17 Abs. 1 S. 1 BeurkG), sog. Rechtsbelehrung	389
d) Hinweis- und Warnpflicht auf Grund geschuldeter Betreuung (betreuende Belehrungspflicht)	391
e) Grundsatz des „sicheren Weges“	393
f) Formulierungspflicht	393
g) Selbständige betreuende Amtstätigkeit	394
3. Pflichten und Risiken des Rechtsgestalters im erbrechtlichen Bereich	394

2. Teil. Die erbrechtlichen Gestaltungsmittel

§ 8 Zuwendungen des Nachlasses im Ganzen oder zu Bruchteilen	401
I. Erbinsetzung	401
1. Die Universalsukzession	401
2. Erbinsetzung	403
a) Überblick	403
b) Zuwendung des Vermögens im Ganzen oder zu Bruchteilen	403
c) Zuwendung einzelner Gegenstände	404
3. Gemeinschaftlicher Erbteil	405
4. Die nur bestimmbare Erbinsetzung	406
a) Vermeidung von Mehrdeutigkeit	406
b) Der Begriff des Abkömmlings	408
5. Ungenaue Erbinsetzung	409
6. Erbinsetzung Nachgeborener	409
a) Zeitpunkt: Erbfall	410
b) Zeitpunkt: Tod des Dritten	410
c) Alle Nachkommen bis zum Fristablauf	411
d) Vermächtnislösung	412
7. Drittbestimmungsmöglichkeiten	412
a) Das Drittbestimmungsverbot	412
b) Erbinsetzung unter einer Potestativbedingung	413
c) Zulässige Ausnahmen vom Grundsatz der Selbstentscheidung	414
8. Anwendungsbereich der Erbinsetzung	416
II. Ersatzerbinsetzung und Anwachsung	417
1. Ersatzerbfolge	417
a) Der Wegfall des Erstbedachten	417
b) Die Rechtsstellung des Ersatzerben	418
c) Die ausdrückliche Ersatzerbinsetzung	418
d) Die mutmaßliche Ersatzerbinsetzung	419
e) Der Ersatznacherbe	424
f) Die mittelbaren Auswirkungen der Ersatzerbinsetzung	425
g) Der Ersatzvermächtnisnehmer	430
2. Die Anwachsung	430
III. Checkliste zur Erbinsetzung	431
IV. Enterbung, Pflichtteilszuwendung und Pflichtteilsentziehung	432
1. Enterbung	432
2. Pflichtteilszuweisung	433
3. Pflichtteilsentziehung	434
a) Überblick	434
b) Pflichtteilsentziehungsgründe	434
c) Form und Begründung der Entziehung	436
d) Verzeihung	437
e) Erb- und Pflichtteilsunwürdigkeit	437
V. Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht	438
1. Zweck der Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht	438
2. Voraussetzungen der Pflichtteilsbeschränkung	439
a) Nur gegenüber Abkömmlingen	439
b) Nur bei Überschuldung oder Verschwendung	439
c) Fehlen oder Wegfall der Voraussetzungen	440
3. Die Beschränkungsmöglichkeiten des Pflichtteils	440
a) Vor- und Nacherbschaft oder Vor- und Nachvermächtnis	440
b) Testamentsvollstreckung	441
c) Kombinationslösung	441

4. Die Wirkung der zulässigen Beschränkungen des Pflichtteils gegenüber dem Abkömmling	442
5. Anwendungsbereich der Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht	442
6. Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich anderer Vollstreckungsgefährdeter	444
a) Zuwendung „pfändungssicherer“ Rechte	444
b) Vor- und Nacherbfolge und Testamentsvollstreckung	445
§ 9 Zuwendung einzelner Nachlassgegenstände	448
I. Vermächtnis (§§ 1939, 2147 ff.)	448
1. Begriff des Vermächtnisses	448
2. Gegenstand des Vermächtnisses	449
a) Nachlassgegenstand	449
b) Fehlende Zugehörigkeit zum Nachlass	450
3. Anfall, Fälligkeit	452
4. Annahme und Ausschlagung des Vermächtnisses	453
5. Beschwerter, Bedachter	453
6. Ersatzvermächtnisnehmer und Anwachsung	454
a) Ausdrückliche Ersatzberufung	454
b) Stillschweigende Ersatzberufung	454
7. Sicherstellung der Vermächtniserfüllung	455
a) Bevollmächtigung des Bedachten	455
b) Vermächtnisnehmer als Testamentsvollstrecker	455
c) Sicherung durch Vormerkung	456
d) Schadensersatzverpflichtung	456
e) Parallele Verfügungsunterlassungsverpflichtung	457
8. Haftung des Beschwerten	457
9. Haftung des Bedachten	458
10. Vermächtnisarten	459
a) Vorausvermächtnis	460
b) Das Vorausvermächtnis an den Vorerben	460
c) Universalvermächtnis	462
d) Quotenvermächtnis	462
e) Pflichtteilsvermächtnis	463
f) Stückvermächtnis	463
g) Bestimmungsvermächtnis (§ 2151)	463
h) Verteilungsvermächtnis (§ 2153)	463
i) Wahlvermächtnis (§ 2154)	463
k) Gattungsvermächtnis (§ 2155)	463
l) Zweckvermächtnis (§ 2156)	464
m) Verschaffungsvermächtnis (§§ 2169 Abs. 1 Hs. 2, 2170)	464
n) Forderungsvermächtnis	466
o) Untervermächtnis	466
p) Hauptvermächtnis	466
q) Ersatzvermächtnis	467
r) Nachvermächtnis	467
s) Aufschiebend bedingtes oder befristetes (betagtes) Vermächtnis, Herausgabevermächtnis	467
t) Schuldbefreiungsvermächtnis, Erlassvermächtnis	467
u) Gemeinschaftliches Vermächtnis (Mitvermächtnis)	468
v) Rentenvermächtnis, vermächtnisweise dauernde Last	468
w) Nießbrauchsvermächtnis	470
x) Wohnungsrechtsvermächtnis	470
11. Anwendungsbereich	471
12. Erbschaftsteuer	472

13. Checkliste bei Vermächtnissen	472
a) Vermächtnisgegenstand?	472
b) Wer ist beschwert?	473
c) Wer ist bedacht?	473
II. Erbrechtliche Auflage (§§ 1940, 2192 ff.)	474
1. Begriff, Rechtsnatur und Anwendungsbereich	474
a) Allgemein	474
b) Normzweck, Anwendungsbereich	476
2. Inhalt der erbrechtlichen Auflage	477
3. Auflagebeschwerter und -begünstigter	479
4. Vollziehungsberechtigte	480
5. Unwirksamkeit der Auflage	481
6. Unmöglichkeit der Vollziehung der Auflage	481
7. Erbschaftsteuer	482
8. Checkliste für Auflagen	482
III. Zuwendung durch Erfüllung einer Bedingung	483
1. Bedingte Zuwendung von Todes wegen im Allgemeinen	483
2. Bedingung zum Vorteil eines Dritten (§ 2076)	483
IV. Zuwendungen durch lebzeitiges Rechtsgeschäft auf den Tod	484
V. Wertsicherung gegenständlicher Zuwendungen	485
1. Überblick, Preisklauselverbot, Zulässigkeit von Wertsicherungsklauseln ..	485
2. Wertsicherung für die Zeit zwischen Testamenterrichtung und Erbfall ...	486
3. Wertsicherung für die Zeit nach Eintritt des Erbfalles	486
§ 10 Gestaltungen zur Erhaltung des Nachlasses für Endbedachte	488
I. Übersicht	488
II. Vor- und Nacherbschaft	488
1. Begriff und Bedeutung	488
2. Die Rechtsstellung des Vorerben	491
3. Die Verteilung der Nutzungen und Lasten zwischen Vor- und Nacherben	492
4. Die Wirkungen des Nacherbfalls	494
5. Schutz des Nacherben durch Beschränkung des Vorerben bei der nicht befreiten Vorerbschaft	494
a) Schutz durch Verfügungsbeschränkungen	494
b) Schutz durch Mitwirkungs- und -verwaltungsrechte	498
c) Schutz durch Kontroll- und Sicherungsrechte	498
d) Schutz durch Surrogation	500
e) Mittelbare Verstärkung der Schutzvorschriften	501
f) Wirkung der Schutzvorschriften für bedingte Nacherben und Ersatznacherben	502
6. Befreite Vorerbschaft	502
a) Unmittelbare Befreiungsmöglichkeiten und ihre Grenzen	502
b) Die Schranken der Befreiungsmöglichkeit des Vorerben durch den Erblasser	503
c) Der Begriff der Unentgeltlichkeit	503
d) Die Anordnung der Befreiung	505
e) Mittelbare Befreiungsmöglichkeiten über § 2136 hinaus	505
f) Die Pflicht des befreiten Vorerben zur ordnungsmäßigen Verwaltung des Nachlasses als weitere Schranke der Befreiungsmöglichkeit des Vorerben	507
g) Die Sicherung der Rechte des Nacherben während der befreiten Vorerbschaft	508
h) Die Rechte des Nacherben nach Eintritt des Nacherbfalles bei der befreiten Vorerbschaft	509

Inhaltsverzeichnis

7. Anordnung weiterer Nacherbfolgen	509
a) Mehrere Nacherbfolgen	509
b) Die Rechtsstellung der weiteren Nacherben	511
8. Ersatznacherben	511
9. Die „unbekannten“ Nacherben	513
10. Bedingte Nacherbeinsetzung	514
11. Nacherbeinsetzung unter der auflösenden Bedingung anderweitiger Verfügungen des Vorerben	516
12. Einsetzung der eigenen Erben des Vorerben als Nacherben	519
13. Nacherbfolge bezüglich eines Bruchteils	520
14. Erbauseinandersetzung der Vormiterbengemeinschaft	520
15. Vererb- und Veräußerlichkeit der Nacherbenanwartschaft	521
a) Vererbung der Nacherbanwartschaft	521
b) Veräußerung der Nacherbanwartschaft	522
16. Ausschlagung bei der Vor- und Nacherbschaft	524
a) Ausschlagung des Vorerben	524
b) Ausschlagung des Nacherben	524
17. Übersicht über die Folgen des Wegfalls eines Nacherben	525
18. Übertragung des Anwartschaftsrechts des Nacherben auf den Vorerben ..	525
19. Übertragung von einzelnen Nachlassgegenständen auf Vor- oder Nacherbe	528
a) Veräußerung von Gegenständen aus der Vorerbschaft an Dritte	528
b) Veräußerung von Gegenständen der Vorerbschaft an den Nacher- ben	528
c) Entnahmen aus der Vorerbschaft zugunsten des Vorerben	528
20. Vollstreckungsschutz zugunsten der Nacherben	529
21. Testamentsvollstreckung bei Vor- und Nacherbschaft	530
a) Testamentsvollstreckung mit Normalbefugnissen	530
b) Allgemeine Testamentsvollstreckung für die Vorerbschaft	530
c) Allgemeine Testamentsvollstreckung für die Nacherbschaft	531
d) Allgemeine Testamentsvollstreckung für Vor- und Nacherbschaft	531
e) Nacherbentestamentsvollstreckung gem. § 2222	531
f) Vorerbe als Testamentsvollstrecker	532
22. Erbenhaftung bei der Vor- und Nacherbfolge	532
23. Abgrenzung der Nacherbfolge zum Nießbrauchsvermächtnis	533
24. Nacherbfolge im Grundbuch	533
25. Nacherbschaft und Pflichtteilsrecht	536
a) Pflichtteilsberechtigter als Vorerbe	536
b) Pflichtteilsberechtigter als Nacherbe	536
26. Die Vorerbschaft im Unternehmensbereich	537
a) Die Vorerbschaft beim Einzelkaufmännischen Unternehmen	537
b) Die Vorerbschaft bei Beteiligung an einer Personengesellschaft	539
c) Die Vorerbschaft bei Anteilen an Kapitalgesellschaften	540
27. Anwendungsbereich der Vor- und Nacherbfolge	540
28. Checkliste bei Vor- und Nacherbfolge	542
29. Steuern	543
a) Erbschaftsteuer	543
b) Einkommensteuer	544
III. Aufschiebend bedingtes oder befristetes (Herausgabe-)Vermächtnis	545
1. Aufschiebend bedingtes oder befristetes Vermächtnis	545
2. Vermächtnisanwartschaft	546
3. Gesetzlicher Inhalt der Anwartschaft bei bedingten oder befristeten Vermächtnissen	546
4. Sicherung der Vermächtnisanwartschaft	547
5. Pflichtteilsfestigkeit des Herausgabeanspruchs	548

Inhaltsverzeichnis

6. Abweichende Bestimmung des Inhalts der Vermächtnisanwartschaft durch den Erblasser	549
7. Anwendungsbereich	550
8. Erbschaftsteuer	551
9. Checkliste bei aufschiebend bedingten oder befristeten Vermächtnissen	551
IV. Vor- und Nachvermächtnis	552
1. Rechtsnatur	552
2. Die Anwartschaft des Nachvermächtnisnehmers in der Schwebezeit	553
3. Sicherungsmöglichkeiten der Nachvermächtnisanwartschaft	554
4. Rückvermächtnis	554
V. Nießbrauchsvermächtnis	554
1. Der Nießbrauch	555
2. Bruchteils- und Quotennießbrauch	558
a) Bruchteilnießbrauch	558
b) Nießbrauch für mehrere Berechtigte	559
c) Quotennießbrauch	559
d) Nutzungsausschluss	559
3. Nießbrauch am Nachlass und an Erbteilen	559
a) Nießbrauch am gesamten Nachlass	559
b) Nießbrauch am Erbteil	560
4. Nießbrauchsvermächtnis mit Testamentsvollstreckung	561
5. Steuern beim Nießbrauchsvermächtnis im privaten Vermögensbereich ...	562
a) Erbschaftsteuer	562
b) Einkommensteuer	563
6. Checkliste für Nießbrauchsvermächtnisse (ergänzend → § 9 Rn. 88 ff.) ...	563
7. Nießbrauch an einem einzelkaufmännischen Unternehmen	563
8. Nießbrauch an Geschäftsanteilen von Personengesellschaften	566
a) Nießbrauch mit voller Gesellschafterstellung durch zeitlich begrenzte Abtretung (Vollnießbrauch)	566
b) Echter Nießbrauch ohne Vollübertragung des Gesellschaftsanteils (= Aufspaltung der Gesellschafterstellung zwischen Nießbraucher und Gesellschafter)	567
c) Nießbrauch an den vermögensrechtlichen Bezügen (= Nießbrauch an den einzelnen Gewinnansprüchen oder Ertragsnießbrauch)	567
d) Nießbrauch am Gewinnstammrecht	568
9. Nießbrauch an GmbH-Anteilen	569
§ 11 Erbrechtlich bindende Verfügungen von Todes wegen und die Möglichkeit ihrer Beseitigung	571
I. Die Bindung bei Erbverträgen und gemeinschaftlichen Ehegattentestamenten	571
1. Die Bindungs- und Aufhebungswirkung beim Erbvertrag	571
a) Die Aufhebungswirkung	571
b) Die Bindungswirkung und ihre Feststellung	572
c) Einseitige Verfügungen im Erbvertrag	575
d) Arten des Erbvertrages	576
e) Die Wechselbezüglichkeit beim gemeinschaftlichen Erbvertrag (§ 2298)	577
2. Die Bindungs- und Aufhebungswirkung beim gemeinschaftlichen Ehegattentestament	580
a) Der Begriff der wechselbezüglichen Verfügung	580
b) Wechselbezüglichkeit	582
c) Die Feststellung der Wechselbezüglichkeit	587
d) Die einseitige Wechselbezüglichkeit	590

e) Die entsprechende Anwendung von Erbvertragsrecht auf das gemeinschaftliche Testament	591
3. Der Versuch der Ausdehnung der Bindungswirkung bei Erbverträgen und gemeinschaftlichen Testamenten gegenüber lebzeitigen Schenkungen	591
II. Gesetzliche Möglichkeiten, die Bindungswirkungen zu beseitigen	593
1. Gesetzliche Rücktrittsrechte beim Erbvertrag	593
a) Rücktrittsgründe	593
b) Beschränkung pflichtteilsberechtigter Abkömmlinge in guter Absicht	594
2. Widerruf wechselbezüglicher Verfügungen in gemeinschaftlichen Testamenten	595
a) Zu Lebzeiten beider Ehegatten	595
b) Nach dem Tod des Erstversterbenden	595
3. Die Aufhebung von Erbverträgen durch die Vertragsparteien	596
a) Aufhebung durch Vertrag	596
b) Aufhebung durch Testament	597
c) Aufhebung durch gemeinschaftliches Testament	597
4. Wegfall der Bindung durch Unwirksamkeit oder Gegenstandslosigkeit der bindenden Verfügung	597
a) Vor dem Erbfall eintretend:	598
b) Nach dem Erbfall eintretend:	598
5. Gewinnung der Testierfreiheit durch Ausschlagung des Zugewendeten beim gemeinschaftlichen Testament und zweiseitigen Erbvertrag	599
a) Ausschlagung beim gemeinschaftlichen Testament	599
b) Ausschlagung beim zweiseitigen Erbvertrag	599
c) Testierfreiheit durch Ausschlagung?	600
6. Testierfreiheit durch Auslegung der bindenden Verfügung	601
7. Die Unwirksamkeit bei Auflösung der Ehe	601
III. Beseitigungsmöglichkeiten der Bindungswirkung kraft Vorbehalts oder Vereinbarung	602
1. Rücktrittsvorbehalt beim Erbvertrag nach § 2293	602
a) Wesen und Inhalt des Rücktrittsvorbehalts	602
b) Die Form des Rücktritts	602
c) Auswirkungen des Todes des Vertragspartners auf den Rücktrittsvorbehalt	603
d) Auswirkungen der Ausübung des Rücktrittsvorbehalts	604
2. Der Abänderungsvorbehalt beim Erbvertrag	604
a) Die Zulässigkeit eines Abänderungsvorbehalts	604
b) Das Verbot des Totalabänderungsvorbehalts	605
3. Wegfall der Bindung durch auflösende Bedingung	607
4. Freistellungsklauseln beim gemeinschaftlichen Ehegattentestament	607
5. Keine Beseitigung der Bindung durch formlose Zustimmung des Bedachten	612
6. Bindungsbeseitigung durch formgebundene Vereinbarung (Zuwendungsverzicht)	612
IV. Beseitigung der Bindungswirkung durch Auslegung und Selbstanfechtung	614
1. Die Beseitigung der Bindungswirkung durch Auslegung	614
2. Die Beseitigung der Bindungswirkung durch Selbstanfechtung	615
V. Checkliste zur erbrechtlichen Bindung	615
§ 12 Die Durchbrechung der erbrechtlichen Bindungswirkung durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	616
I. Die Bindungswirkung bei Erbverträgen und gemeinschaftlichen Testamenten	616

II. Durchbrechung der Bindung durch schenkweise Zweitgeschäfte unter Lebenden bei „lebzeitigem Eigeninteresse“ des Erblassers	616
1. Begriff der Schenkung	617
2. Missbrauchskorrektur statt Benachteiligungsabsicht	617
a) Missbrauchsausschluss bei beachtlichen „lebzeitigen Eigeninteressen“ des Erblassers	618
b) Zum Missbrauchsausschluss ungeeignete „lebzeitige Eigeninteressen“ des Erblassers	621
c) Der für das „lebzeitige Eigeninteresse“ maßgebliche Zeitpunkt	622
d) Der Grad der Beeinträchtigung des Vertragserben	622
e) Die objektive Beeinträchtigung des bindend Bedachten	622
f) Insbesondere Durchbrechung der Bindung durch unentgeltliche Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Tod	624
g) Der Auskunftsanspruch des bindend Bedachten	625
h) Darlegungs- und Beweislastregelung für beeinträchtigende Schenkungen	626
3. Durchbrechung der Bindung durch <i>entgeltliche</i> Zweitgeschäfte unter Lebenden	626
4. Beeinträchtigung der Bindungswirkung durch tatsächliche Handlungen und familienrechtliche Akte	627
5. Keine Durchbrechung der Bindungswirkung durch spätere Verfügungen von Todes wegen	628
§ 13 Die Sicherung erbrechtlicher Erwerbsaussichten	629
I. Die gesetzlichen Ansprüche der bindend Bedachten nach §§ 2287, 2288	629
1. Beeinträchtigte Vertragserben und Schlusserben als Anspruchsberechtigte	629
2. Beeinträchtigte Vertrags- und Schlussvermächtnisnehmer als Anspruchsberechtigte	631
a) der schenkweisen Veräußerung oder Belastung des Vermächtnisgegenstandes durch den Erblasser in Beeinträchtigungsabsicht	631
b) der entgeltlichen Veräußerung oder Belastung des Vermächtnisgegenstandes durch den Erblasser in Beeinträchtigungsabsicht	632
c) der tatsächlichen Beeinträchtigung des Vermächtnisgegenstandes durch Zerstörung, Beiseiteschaffung oder Beschädigung durch den Erblasser in Beeinträchtigungsabsicht	632
II. Schutz der bindend Bedachten durch allgemeine Vorschriften	632
1. Sittenwidrige vorsätzliche Schädigung (§ 826)	632
2. Nichtigkeit des Zweitgeschäftes wegen Verstoßes gegen die guten Sitten (§ 138)	633
3. Die einstweilige Sicherung von Zuwendungen an Bedachte	633
4. Feststellungsklage (§ 256 ZPO) zur Klärung der Bindungswirkung	633
a) Die Klärung erbrechtlicher Positionen gegenüber dem Erblasser	634
b) Klärung des künftigen Anspruchs aus § 2287 BGB gegenüber dem Beschenkten	634
c) Feststellungsklage des künftigen Erblassers	634
III. Schutz des von Todes wegen bindend Bedachten durch rein erbrechtliche Gestaltungen	634
1. Einsetzung des Überlebenden zum nicht befreiten Vorerben und des Endbedachten zum Nacherben	635
2. Bedingte Vermächtniseinsetzung zugunsten des Endbedachten	635
3. Sicherung der Rechtsstellung des Schlusserben oder -vermächtnisnehmers beim gemeinschaftlichen Testament nach dem ersten Erbfall	636
a) Verfügungsunterlassungsvermächtnis zugunsten des Schlusserben	636
b) Bedingte Vermächtniseinsetzung zugunsten des Schlusserben	637

c) Bedingte Nacherbeinsetzung des Schlusserben	637
d) Testamentsvollstreckung	638
4. Restrisiko des bindend Bedachten bei rein erbrechtlicher Gestaltung	638
IV. Schutz durch Kombination von Verfügung von Todes wegen mit Rechtsgeschäft unter Lebenden	638
1. Verfügungsunterlassungsvereinbarung	638
2. Sicherung der Unterlassungsverpflichtung durch einstweilige Verfügung	640
3. Sicherung der Unterlassungsverpflichtung durch aufschiebend bedingte Übereignungsansprüche	640
4. Vormerkbarkeit des aufschiebend bedingten Übereignungsanspruchs bei Grundstücken	641
5. Restrisiko des durch sanktioniertes schuldrechtliches Verfügungsverbot gesicherten bindend Bedachten	642
6. Formulierungsvorschlag eines Erbvertrages mit Unterhalts- und Verfügungsunterlassungsvertrag	642
V. Rechtsgeschäft unter Lebenden anstatt Verfügung von Todes wegen	644
1. Zuwendungen unter Lebenden unter Nutzungs- und/oder Rückübertragungsvorbehalt	644
2. Die Zuwendung mit auf den Tod des Zuwendenden verzögerter (betagter) Erfüllung	645
a) Ohne zusätzliche Überlebensbedingung	645
b) Mit zusätzlicher Überlebensbedingung	646
3. Zuwendung durch ein befristetes Vertragsangebot	646
4. Vor- und Nachteile der Gestaltungsmöglichkeiten durch reines Rechtsgeschäft unter Lebenden	646
§ 14 Gestaltungsmöglichkeiten von Ehegattenverfügungen von Todes wegen	648
I. Regelungsziele bei Ehegattenverfügungen von Todes wegen	648
II. Formelle Gestaltungsmöglichkeiten	648
1. Gemeinschaftliches Ehegattentestament	648
a) Allgemein	648
b) Form des gemeinschaftlichen Testaments	650
c) Die Besonderheiten des gemeinschaftlichen Testaments	651
2. Ehegattenerbvertrag	653
3. Trennbare Gestaltung von Ehegattenverfügungen	654
4. Die Wahl zwischen Einzeltestament, gemeinschaftlichem Testament, Ehegattenerbvertrag und Verfügung unter Lebenden auf den Tod	656
a) Einseitiges Testament	656
b) Gemeinschaftliches Testament	656
c) Ehegattenerbvertrag (§ 2280)	659
d) Verfügungen unter Lebenden auf den Tod	660
III. Materiell-rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	661
1. Alleinige gegenseitige Vollerbeinsetzung	661
2. Einheitslösung (Vollerbschaft des Überlebenden nebst Schlusserbfolge) = Berliner Testament (§ 2269)	661
a) Regelungen auf den ersten und zweiten Erbfall	662
b) Der unregelte zweite Erbfall bei der Einheitslösung	665
c) Die Rechtsstellung der Ehegatten bei der Einheitslösung	666
d) Die Rechtsstellung des Schlusserben bei der Einheitslösung	668
e) Pflichtteilsansprüche bei der Einheitslösung (Pflichtteilsstrafklauseln)	669
f) Erbschaftsteuer bei der Einheitslösung	675
3. Trennungslösung	675
a) Vorerbschaft des Überlebenden	676
b) Der unregelte zweite Erbfall bei der Trennungslösung	677

Inhaltsverzeichnis

c) Nießbrauchsvermächtnis des Überlebenden	677
d) Herausgabevermächtnis der Endbedachten	678
e) Vor- und Nachteile der einzelnen Trennungslösungen	679
f) Pflichtteilsansprüche bei der Trennungslösung	679
4. Verbindung von Einheits- und Trennungslösung	680
5. Hausratsvermächtnis	680
6. Vorsorge für gleichzeitiges Versterben	680
7. Vorsorge für den Scheidungsfall	681
8. Vorsorge für die Wiederheirat des Überlebenden (Wiederverheiratklausel)	684
a) Bei der Trennungslösung	685
b) Bei der Einheitslösung	686
c) Bei der Herausgabevermächtnislösung	687
d) Vermächtnisbefugnis zugunsten des neuen Ehegatten	688
e) Rechtslage nach Wiederverheiratung	688
f) Pflichtteil und Wiederverheiratklausel	689
g) Übergabeverpflichtung durch Rechtsgeschäft unter Lebenden	689
9. Befugnis des überlebenden Ehegatten zur wertverschiebenden Verteilung der Nachlassgegenstände des Erstversterbenden unter Lebenden und von Todes wegen	690
a) Regelungsmöglichkeiten bei der Einheitslösung	690
b) Regelungsmöglichkeiten bei der Nießbrauchslösung	690
c) Regelungsmöglichkeiten bei der Vorerblösung	692
d) Regelungsmöglichkeit bei der Herausgabevermächtnislösung	692
10. Die Grenzen der Regelungsmöglichkeiten durch gemeinschaftliche Ehegattenverfügungen	692
a) Erbrechtliche Sicherungen	692
b) Zusätzliche rechtsgeschäftliche Sicherungsmöglichkeiten	693
IV. Checkliste für Ehegattenverfügungen von Todes wegen	695
V. Fortgesetzte Gütergemeinschaft	695
1. Grundzüge der Gütergemeinschaft	695
2. Fortsetzung der Gütergemeinschaft beim Tod eines Ehegatten	698
a) Gesetzliche Ausgestaltung und Gestaltungsmöglichkeiten	698
b) Nichteintritt der fortgesetzten Gütergemeinschaft	699
c) Wirkungen der fortgesetzten Gütergemeinschaft	700
d) Beendigung und Auseinandersetzung der fortgesetzten Gütergemeinschaft	701
e) Atypische Fortsetzung der Gütergemeinschaft	701
f) Wertung der fortgesetzten Gütergemeinschaft	702
VI. Regelungsziele und Gestaltungsmöglichkeiten bei nichtehelicher Lebensgemeinschaft	702
1. Regelungsziele	702
2. Gestaltungsmöglichkeiten	702
a) Überblick	702
b) Alleinerbeinsetzung mit Rücktrittsrecht	703
c) Alleinerbeinsetzung mit eingeschränktem Rücktrittsrecht	704
d) Bedingte Erbeinsetzung	704
e) Erbeinsetzung ohne Rücktrittsvorbehalt	704
f) Gegenseitige Erbeinsetzung mit unechter Wechselbezüglichkeit	704
g) Erbeinsetzung in Einzeltestamenten	704
§ 15 Einflussnahme des Erblassers über seinen Tod hinaus	705
I. Überblick	705
II. Testamentsvollstreckung	705
1. Zweck der Testamentsvollstreckung	705

2. Arten der Testamentsvollstreckung	706
a) Abwicklungsvollstreckung (§§ 2203, 2204)	707
b) Dauertestamentsvollstreckung (§ 2209 S. 1 Hs. 2)	708
c) Schlichte Verwaltungsvollstreckung (§ 2209 S. 1 Hs. 1)	709
d) Nacherbentestamentsvollstreckung (§ 2222)	709
e) Vermächtnisvollstreckung.	709
f) Testamentsvollstreckung mit beschränktem Aufgabenkreis (§ 2208) ..	710
3. Beginn der Testamentsvollstreckung, Ernennung des Testamentsvoll- streckers	710
a) Beginn der Testamentsvollstreckung	710
b) Bestimmung des Testamentsvollstreckers	710
c) Nachfolgerernennung (§ 2199 Abs. 2)	711
d) Nachlassgericht auf Grund Ersuchen (§ 2200)	712
e) Form	713
f) Person des Testamentsvollstreckers	713
g) Durch Testament	715
h) Beginn des Amtes des Testamentsvollstreckers (§ 2202 Abs. 1)	718
4. Regelmäßige Aufgaben und Befugnisse des Testamentsvollstreckers	718
a) Die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis des Testamentsvoll- streckers	718
b) Das Schenkungsverbot	720
c) Die Verpflichtungsbefugnis des Testamentsvollstreckers	722
5. Möglichkeiten, die Testamentsvollstreckung gegenüber dem Normalfall abzuändern	723
a) Regelmäßiger Aufgabenkreis	723
b) Die Einschränkung der Befugnisse des Testamentsvollstreckers gem. § 2208	724
c) Die Erweiterung der Befugnisse des Testamentsvollstreckers	725
d) Übertragung von Sonderfunktionen auf den Testamentsvollstrecker ...	726
e) Die Verbesserung der Kontrolle des Testamentsvollstreckers durch Maßnahmen des Erblassers	728
6. Rechtsstellung des Testamentsvollstreckers	728
7. Die Rechtsstellung der Erben und ihr Verhältnis zum Testamentsvoll- strecker	729
8. Vollstreckungsschutz durch Testamentsvollstreckung	732
9. Verhältnis des Testamentsvollstreckers zum Nachlassgericht	733
10. Testamentsvollstreckung, trans- und postmortale Vollmacht sowie Treuhand	735
a) Vollmacht ab dem Tod und über den Tod hinaus	735
b) Durch erbrechtliche Druckmittel erzwungene Vollmacht des Erben ...	739
c) Treuhandlösung	740
11. Testamentsvollstreckung und Grundbuch	740
12. Testamentsvollstreckung im Unternehmensbereich	744
a) Einführung, eingeschränkte Zulässigkeit	744
b) Einzelkaufmännisches Unternehmen	744
c) Beteiligung als persönlich haftender Gesellschafter (OHG, KG, GbR)	749
d) Testamentsvollstreckung an Kommanditanteilen	754
e) Testamentsvollstreckung an GmbH-Anteilen	755
f) Testamentsvollstreckung über Aktien	756
g) Stille Gesellschaft	756
13. Die Vergütung des Testamentsvollstreckers	757
14. Der vermeintliche Testamentsvollstrecker	761
15. Rechte und Pflichten des Testamentsvollstreckers im erbschaftsteuerli- chen Verfahren	762

16. Beendigung der Testamentsvollstreckung	763
17. Checkliste für die Testamentsvollstreckung	766
III. Bedingte Zuwendung, insbesondere erbrechtliche Straf- und Verwirkungsklauseln	769
1. Bedingte Zuwendungen	769
a) Zulässigkeit, Begriff und Inhalt	769
b) Rechtsfolgen des Eintritts oder Ausfalls der Bedingung	771
c) Auslegungsregeln	772
d) Anwendungsfälle bedingter Zuwendungen	772
2. Insbesondere erbrechtliche Straf- und Verwirkungsklauseln	773
a) Allgemeine Verwirkungsklauseln	773
b) Besondere Verwirkungsklauseln	776
3. Checkliste für bedingte Zuwendungen	777
IV. Teilungsanordnung, Übernahmerecht und Teilungsverbot	777
1. Überblick	777
2. Verwaltungsanordnungen	778
3. Teilungsanordnungen (§ 2048)	778
a) Rechtsnatur	778
b) Arten von Teilungsanordnungen	779
c) Sicherung der Erfüllung von Teilungsanordnungen	780
d) Teilungsanordnung und Vorausvermächtnis	781
e) Gestaltungsmöglichkeiten für gegenständliche Zuwendungen	784
f) Teilungsanordnung und Nacherbfolge	786
g) Teilungsanordnung und erbrechtliche Bindung	787
h) Teilungsanordnung und Erbschaftsteuer	788
4. Übernahmerecht	788
5. Erbteilungsverbot	789
a) Mögliche Rechtsnatur des Teilungsverbots	789
b) Die reine Teilungsanordnung nach § 2044 Abs. 1 (Ausschluss der Auseinandersetzung)	790
c) Verstärkte Teilungsanordnungen	790
d) Zeitliche Begrenzung	791
e) Maßnahmen zur Durchsetzung des Erblasserwillens	792
f) Teilungsverbot und Grundbuch	792
6. Checkliste zu Erblasseranordnungen über die Nachlassauseinandersetzung	792
V. Stiftungen	793
1. Überblick	793
2. Rechtsfähige Stiftung (§§ 80 ff.)	794
a) Begriff, Rechtsnatur und Anwendungsbereich	794
b) Wesensmerkmale der rechtsfähigen Stiftung	795
c) Entstehung und Funktion der Stiftung	796
d) Sonderformen der rechtsfähigen Stiftung	802
e) Besteuerung der rechtsfähigen Stiftung nach ErbStG	802
3. Nichtrechtsfähige Stiftung	804
a) Anwendungsbereich, Rechtsnatur und Entstehung	804
b) Testamentarisches Familiengut	806
c) Andere Ersatzformen der Stiftung	807
VI. Familienrechtliche Anordnungen	807
1. Beschränkung der elterlichen Vermögenssorge	807
2. Vormundbenennungsrecht der Eltern	809
3. Regelung güterrechtlicher Verhältnisse	810
VII. Letztwillige Schiedsklauseln	811
VIII. Trans- und postmortale Vollmacht	813
IX. Motivangabe zwecks Auslegungs- und Anfechtungsmöglichkeit	813

X. Übersicht über die Einflussmöglichkeiten des Erblassers nach seinem Tod	814
1. Wirkungsgrad	814
2. Verbindlichkeit	815
3. Wirkungsdauer	816
4. Gleichlauf mehrerer Beschränkungen	816
§ 16 Widerruf und Aufhebung von Verfügungen von Todes wegen	817
I. Widerruf testamentarischer Verfügungen	817
1. Rechtsnatur und Voraussetzungen des Widerrufs	817
2. Arten des Widerrufs	818
a) Widerruf durch Testament (§ 2254)	818
b) Widerruf durch Vernichtung oder Veränderung der Testamentsurkunde (§ 2255)	818
c) Widerruf durch Rücknahme eines öffentlichen Testaments aus der besonderen amtlichen Verwahrung (§ 2256)	819
d) Widerruf durch ein späteres Testament abweichenden Inhalts (§ 2258)	820
e) Widerruf durch erschöpfende spätere Verfügung von Todes wegen	821
f) Widerrufswirkung	822
3. Beseitigung des Widerrufs	822
a) Widerruf des Widerrufs (§ 2257)	822
b) Anfechtung des Widerrufs (§§ 2078 ff.)	822
II. Widerruf gemeinschaftlicher Testamente	823
1. Widerruf einseitiger Verfügungen	823
2. Widerruf wechselbezüglicher Verfügungen	824
III. Aufhebung und Rücktritt vom Erbvertrag	824
3. Teil. Form, Formulierung und Aufbau von Verfügungen von Todes wegen	
§ 17 Die Form der Errichtung von Verfügungen von Todes wegen	829
I. Testamentsformen, Formzwecke und Folgen eines Formverstößes	829
II. Die Wahl zwischen den ordentlichen Testamentsformen	830
III. Form der Errichtung des Testaments	831
1. Das öffentliche Testament	831
a) Errichtung durch Erklärung gegenüber dem Notar	831
b) Errichtung durch Übergabe einer offenen Schrift	842
c) Errichtung durch Übergabe einer verschlossenen Schrift	844
d) Übersicht über Sondervorschriften für Verfügungen von Todes wegen behinderter Personen	845
2. Das eigenhändige Testament	848
a) Vorhandensein des Testierwillens	848
b) Eigenhändige Niederschrift (§ 2247 Abs. 1, 1. Voraussetzung)	849
c) Eigenhändige Namensunterschrift des Erblassers (§ 2247 Abs. 1, 2. Voraussetzung)	851
d) Orts- und Datumsangabe der Errichtung (§ 2274 Abs. 2, 5)	853
e) Beweisfragen	853
f) Eigenhändiges gemeinschaftliches Testament (§ 2267)	854
g) Verwahrung eigenhändiger Testamente	855
3. Die Nottestamente	855
a) Das Bürgermeistertestament	855
b) Das Dreizeugentestament	858
IV. Form des gemeinschaftlichen Testaments	861
V. Form des Erbvertrages	861
1. Zweck und Rechtsnatur des Erbvertrages	861
2. Die Errichtung des Erbvertrages	861

3. Form der Errichtung von Ehe- und Erbverträgen	863
4. Urkundenbehandlung beim Erbvertrag	864
a) Verwahrung durch den Notar	864
b) Ablieferung in die besondere amtliche Verwahrung	864
c) Ermittlungen nach Ablauf von 30 Jahren	865
d) Zurücknahme aus der Verwahrung	865
e) Änderung per 1.1.2012	865
§ 18 Aufbau und äußere Gestaltung von Verfügungen von Todes wegen	867
I. Aufbauschema für einseitige Testamente (die Feinabstimmung ist jeweils in den in Bezug genommenen Checklisten enthalten)	868
II. Aufbauschema für gegenseitige Testamente	869
III. Aufbauschema für Erbverträge	870
 4. Teil. Vorbereitende Erbfolgebmaßnahmen durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	
§ 19 Verträge mit und unter künftigen Erben	871
I. Erb- und/oder Pflichtteilsverzichtsvertrag	871
1. Begriff und Abgrenzung	871
2. Rechtswirkungen	872
3. Wirksamkeitsschranken und Inhaltskontrolle	873
4. Beschränkungsmöglichkeiten beim Verzicht	874
5. Insbesondere bloßer Pflichtteilsverzicht	875
6. Insbesondere gegenständlich beschränkter Pflichtteilsverzicht	876
7. Insbesondere Erb- und/oder Pflichtteilsverzicht unter einer Bedingung oder einer Befristung	877
a) Allgemein	877
b) Wirkung der Bedingung oder Befristung	877
c) Verzicht zugunsten eines anderen (relativer Erbverzicht)	878
8. Formbedürftigkeit und persönliche Voraussetzungen des Verzichts	879
a) Form	879
b) Persönliche Voraussetzungen des Erblassers	880
c) Persönliche Voraussetzungen des Verzichtenden	880
9. Stillschweigender Erbverzicht	881
10. Aufhebung des Erbverzichts	881
11. Entgeltlicher Erb- und/oder Pflichtteilsverzichtsvertrag	883
12. Erb- und/oder Pflichtteilsverzicht und Pflichtteilsergänzungsanspruch	885
13. Urkundenbehandlung, Mitteilungspflichten	886
14. Erbschaft- und Schenkungsteuer	886
15. Checkliste für Erb- und/oder Pflichtteilsverzichtsverträge	886
II. Zuwendungsverzichtsvertrag	887
1. Gegenstand und Voraussetzungen des Zuwendungsverzichts	887
2. Wirkung des Zuwendungsverzichts	888
a) Allgemein	888
b) Die (eingeschränkte) Erstreckungswirkung des Zuwendungsverzichts seit 1.1.2010	888
c) Die Erstreckungswirkung durch ergänzende Auslegung	890
d) Einschränkung des Zuwendungsverzichts	891
e) Ausdehnung der Verzichtswirkung auf andere letztwillige Zuwendungen durch Auslegung	892
f) Die Aufhebbarkeit des Zuwendungsverzichtsvertrages	892
3. Checkliste für Zuwendungsverzichtsverträge:	892
III. Der Zweck von Erb- bzw. Zuwendungs- und/oder Pflichtteilsverzichtsverträgen	893
1. Allgemeine Zweckmäßigkeit	893

2. Fallgruppen	894
a) Erb- und/oder Zuwendungsverzicht	894
b) Bloßer Pflichtteilsverzicht	895
IV. Notarieller Erbschaftsvertrag unter künftigen gesetzlichen Erben ohne Beteiligung des Erblassers (§ 311b Abs. 5)	896
1. Die Tragweite der Verbotsnorm des § 311b Abs. 4	896
a) Grundsatz	896
b) Verträge über Einzelgegenstände	897
c) Verträge über Vermächtnisse	897
d) Erbverträge	897
e) Verträge des Erblassers selbst	897
2. Verträge gemäß § 311b Abs. 5	898
a) Vertragsbeteiligte	898
b) Vertragsgegenstand	898
V. chuldrechtliche Nachlassverträge unter Beteiligung des Erblassers	901
VI. Die frühere Möglichkeit eines vorzeitigen Erbausgleichs des nichtehelichen Kindes	905
§ 20 Gesellschaftsvertragliche Nachfolgeregelungen	907
I. Nachfolgeregelungen bei Personengesellschaften	907
1. Die gesetzliche Regelung beim Tod eines Gesellschafters und die vertraglichen Regelungsmöglichkeiten	907
a) Die Gesetzliche Regelung der Vererbung von Anteilen an Personen- gesellschaften	907
b) Vertragliche Regelungsmöglichkeiten zur Fortsetzung der Gesell- schaft	908
2. Fortsetzung gemäß gesetzlicher Regelung oder auf Grund einer einfachen Fortsetzungsklausel (Ausschluss- oder Anwachsungsklausel) ...	910
a) Fortsetzung der Gesellschaft unter den übrigen Gesellschaftern (§ 131 Abs. 3 Nr. 1 HGB)	910
b) Ausschluss oder Beschränkung des Abfindungsanspruchs der Er- ben	911
c) Rechtsstellung der Nachlassbeteiligten	913
d) Keine unterstützende Verfügung von Todes wegen erforderlich	915
e) Formulierungsvorschlag für eine einfache Fortsetzungsklausel	916
3. Einfache erbrechtliche Nachfolgeklausel	917
a) Rechtliche Gestaltung und Wirkung der Klausel	917
b) Gesellschaftsvertragliche Modifizierungen der einfachen Nach- folgeklausel	919
c) Rechtsstellung der übrigen Nachlassbeteiligten	922
d) Formulierungsvorschlag einer einfachen erbrechtlichen Nachfolge- klausel:	924
4. Qualifizierte erbrechtliche Nachfolgeklausel	924
a) Rechtliche Gestaltung und Wirkung der Klausel	924
b) Ausgestaltung der qualifizierten Nachfolgeklausel	926
c) Die fehlgeschlagene qualifizierte Nachfolgeklausel	927
d) Der Wertausgleich der nachfolgenden mit den weichenden Erben	927
e) Sonderprobleme bei Nacherbfolge	929
f) Rechtsstellung der übrigen Nachlassbeteiligten	929
g) Formulierungsvorschlag für eine qualifizierte erbrechtliche Nach- folgeklausel:	930
5. Rechtsgeschäftliche Eintrittsklausel	930
a) Rechtliche Gestaltung und Wirkung der Klausel	930
b) Rechtsstellung der übrigen Nachlassbeteiligten	933
c) Formulierungsvorschlag für eine rechtsgeschäftliche Eintrittsklausel ..	933

6. Gesellschaftsvertragliche Nachfolgeklausel	934
a) Rechtliche Gestaltung und Wirkung der Klausel	934
b) Rechtsstellung der übrigen Nachlassbeteiligten	934
c) Formulierungsvorschlag einer gesellschaftsvertraglichen Nachfolgeklausel:	935
7. Erwägungen zur Auswahl der Nachfolgeklausel	935
a) Lösung zugunsten der Gesellschaft	935
b) Lösung zugunsten der Gesellschaftererben	936
8. Die steuerlichen Auswirkungen der verschiedenen Nachfolgeregelungen .	937
a) Erbschaftsteuer	937
b) Einkommensteuer	938
II. Nachfolgeregelungen bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung	940

5. Teil. Fallgruppen von Gestaltungsmöglichkeiten von Todes wegen

§ 21 Regulationstypen im Privatbereich	945
I. Fallgruppenbildung	945
II. Verfügungen von Todes wegen zwischen Ehegatten	945
1. Überblick	945
2. Noch kinderlose junge Ehegatten	946
3. Ehegatten mit Kindern	947
4. Ältere Ehegatten mit Kindern	949
5. Ältere Ehegatten ohne Kinder	950
6. Ehegatten nach Wiederverheiratung im vorgerückten Alter	950
7. Ehegatten mit einseitigen Abkömmlingen („Patchwork-Familie“)	951
a) Überblick	951
b) Begünstigung der jeweils einseitigen Kinder	952
c) Gleichbehandlung aller Kinder	952
8. Einseitiges Vermögen eines Ehegatten	953
9. Großes Vermögen	954
10. Nur Hausrat vorhanden	954
11. Ausländische oder gemischtnationale Ehegatten	955
III. Verfügungen getrennt lebender Ehegatten	955
IV. Verfügungen geschiedener Ehegatten („Geschiedenentestament“)	956
1. Überblick	956
2. Nacherbfolgelösung	959
3. Herausgabevermächtnislösung	961
4. Kombinationslösung	965
V. Verfügungen von nichtehelichen Lebensgefährten und eingetragenen Lebenspartnern	967
1. Nichteheliche Lebensgefährten	967
2. Eingetragene Lebenspartner	968
3. Erbschaftsteuer	968
VI. Letztwillige Verfügungen Alleinstehender	969
VII. Verfügungen von Eltern mit behinderten Kindern (Behindertentestament) ...	970
1. „Behindertentestament“, sozialrechtliche Grundlagen, Regelungsziele	970
a) „Behindertentestament“	970
b) Sozialrechtliche Grundlagen	970
c) Regelungsziele	972
2. Lösungsmöglichkeiten im Überblick	972
a) Grundstruktur des Behindertentestaments	972
b) Überblick über Lösungsmodelle	973
c) Gestaltungen ohne Entlastungswirkung	974
3. Nacherbschaftslösung	975
a) Vor- und Nacherbeinsetzung	975

Inhaltsverzeichnis

b) Testamentsvollstreckung	978
c) Verwaltungsanordnung (§ 2216 Abs. 2 S. 1)	979
4. Nachvermächtnislösung	981
5. Zulässigkeit und Anwendungsbereich des Behindertentestaments	982
a) Zulässigkeit	982
b) Anwendungsbereich	985
VIII. Zuwendungen zugunsten Verschuldeter und Sozialhilfeempfänger („Bedürftigentestament“)	987
1. Überblick, Gestaltungsziele	987
2. Gesetzliche Erbfolge, unbeschränkte und unbeschwerter erbrechtlicher Zuwendung, Ausschlagung	988
a) Zugriffsmöglichkeit	988
b) Ausschlagung	988
c) Erbverzicht	989
3. Ausschluss des Bedürftigen vom Erbe, Pflichtteilsanspruch, Pflichtteilsverzicht	990
a) Ausschluss des Bedürftigen vom Erbe	990
b) Pflichtteilsanspruch	990
c) Pflichtteilsverzicht, Nichtgeltendmachung des Pflichtteils	991
4. Vorerbschaft, Testamentsvollstreckung, Anordnungen gemäß § 2338	991
a) Vor- und Nacherbschaft, Dauertestamentsvollstreckung	991
b) Pflichtteilsbeschränkung gemäß § 2338	993
5. Vermächtnis zugunsten des Bedürftigen	994
a) Vermächtnisweise Zuwendung nicht pfändbarer Vermögensgegenstände	994
b) Ausschlagung eines Vermächtnisses	994
6. Entfallen der Anordnungen nach Wegfall der Überschuldung	995
IX. Vermeidung oder Minderung von Pflichtteilsansprüchen und Pflichtteilsergänzungsansprüchen (Pflichtteilsreduzierung)	997
1. Überblick	997
2. Einvernehmliche Rechtsgeschäfte mit dem Pflichtteilsberechtigten (Pflichtteilsverzicht, Vermeidung Erbverzicht, Pflichtteilsanrechnung)	998
a) Pflichtteilsverzichtsvertrag	998
b) Vermeidung Erbverzicht	999
c) Pflichtteilsanrechnungsbestimmung	999
3. Änderung des Güterstandes, Güterstandsschaukel	1000
a) Überblick	1000
b) Wechsel in den gesetzlichen Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft	1000
c) Wechsel in die Gütertrennung; lebzeitiger Zugewinnausgleich	1001
d) Vereinbarung der Gütergemeinschaft	1001
4. Verringerung des Nachlasses	1002
a) Allgemeines, Pflichtteilsergänzung	1002
b) Zehnjahresfrist; Fristanlauf bei Nießbrauchsvorbehalt	1002
c) Gesellschaftsrechtliche Vereinbarungen	1004
d) Ausstattung	1005
e) Sonstige Zuwendungen	1005
5. Gestaltung durch letztwillige Verfügung	1007
a) Erbgänge richtig gestalten	1007
b) Pflichtteilsentziehung	1007
c) Pflichtteilsbeschränkung (§ 2338)	1007
d) Landgut (§ 2312)	1007
e) Voraus des Ehegatten	1008
6. Sonstiges	1009
a) Ausländische Rechtsordnung	1009
b) Statusänderungen, Eheschließung, Annahme als Kind	1009

X. Verfügungen bei Vorhandensein eines nichtehelichen Kindes	1010
XI. Verfügungen Deutscher mit ausländischem Grundbesitz	1011
XII. Besondere Zielvorstellungen der Erblasser	1011
1. Einzelzuwendungen	1011
2. Gegenständliche Verteilung des Nachlasses ohne Erbeinsetzung	1012
3. Drittbestimmung von Zuwendung und/oder Zuwendungsempfänger	1012
4. Getrennte Zuwendung von Nutzung und Substanz	1013
5. Erhaltung des Nachlasses für Endbedachte	1013
6. Weitgehendste Beschränkung der Bedachten	1013
7. Beschwerung eines Bedachten	1014
8. Spannungsfreie Erbengemeinschaft durch gezielte Erbenauswahl	1014
9. Pflichtteilsfreies Testament	1015
10. Versorgung von Tieren und Zuwendungen an nicht rechtsfähige Personen-Vereinigungen	1016
11. Nachlassgegenstand soll möglichst lange im Familienbesitz bleiben	1016
12. Zuwendungen an beim Erbfall noch nicht erzeugte Bedachte	1017
XIII. Verpfändungsvertrag	1017
§ 22 Typische Regelungsziele der Erblasser im Unternehmensbereich	1019
I. Nachfolgeregelungen beim einzelkaufmännischen Unternehmen	1019
1. Einzelunternehmen bei mehreren Erben	1019
2. Erbengemeinschaft als Inhaber eines Einzelunternehmens	1020
3. Haftung der Erben für die Geschäftsschulden	1021
II. Nachfolgeregelungen bei Unternehmensbeteiligungen	1022
III. Die Beschränkung der Minderjährigenhaftung	1023
1. Die Haftungsbeschränkungsmöglichkeit	1023
2. Das Sonderkündigungsrecht	1024
IV. Zuwendung von Nutzungsrechten an einzelkaufmännischen Unterneh- men	1024
V. Zuwendungen von Nutzungsrechten an Unternehmensbeteiligungen	1025
VI. Bestimmung des Unternehmensnachfolgers durch Dritte (vorzeitiges Unternehmer testament)	1025
VII. Willensfortdauer durch Testamentsvollstreckung im Unternehmensbereich ...	1026
VIII. Ausschaltung störender Pflichtteilsansprüche	1026
IX. Verfügungen verheirateter Unternehmer mit Abkömmlingen	1027
X. Verfügungen eines Unternehmers zugunsten der zweiten Generation	1027
XI. Verfügungen bei Mitarbeit des Ehepartners im Unternehmen	1027
XII. Ertragsteuerlich günstige Wahl zwischen Erbeinsetzung und Vermächtnis beim Unternehmer testament	1028
1. Rechtslage ab der Entscheidung des Großen Senats des BFH	1028
2. Umsetzung dieser Rechtsprechung durch das BMF-Schreiben vom 14.3.2006	1029
a) Steuerneutrale Realteilung	1029
b) Betriebsaufgabe	1030
c) Ausgleichszahlung	1030
d) Übernahme von Verbindlichkeiten über die Erbquote hinaus	1030
e) Erbauseinandersetzung über einen Mischnachlass	1030
f) Vermächtnisse aus Betriebsvermögen	1030
3. Noch mögliche steuerneutrale Gestaltungen	1031

6. Teil. Die Beeinflussung der Erbfolge nach dem Erbfall

§ 23 Die Auslegung von Verfügungen von Todes wegen	1033
1. Auslegungsgrundsätze	1033
a) Für Willenserklärungen unter Lebenden	1033

Inhaltsverzeichnis

b) Für einseitige Testamente	1034
c) Für Erbverträge und gemeinschaftliche Testamente	1036
2. Auslegungsmethoden	1038
a) Einfache, unmittelbare oder erläuternde Auslegung	1038
b) Erforschung des mutmaßlichen Willens	1041
c) Gesetzliche Auslegungs- und Ergänzungsregeln	1041
d) Keine Kumulation von gesetzlichen Auslegungsregeln!	1042
e) Tatsächliche Vermutungen	1042
3. Die ergänzende Auslegung	1043
a) Voraussetzungen	1043
b) Methode der ergänzenden Testamentsauslegung	1045
c) Vorrang der Auslegung	1046
d) Keine zeitlichen Grenzen der ergänzenden Auslegung	1047
e) Fallgruppen ergänzender Auslegung	1047
f) Das Verhältnis der ergänzenden Auslegung zur Anfechtung wegen Motivirrtum	1051
4. Prozessuale Behandlung der Auslegung	1051
5. Der Auslegungsvertrag	1052
6. Die Funktion der besonderen gesetzlichen Auslegungsregeln	1053
7. Veränderungen der Wirklichkeit zwischen Testamentserrichtung und Erbfall ...	1055
a) Gesetzliche Anpassungsvorschriften	1055
b) Vom Erblasser ausdrücklich gesetzte Voraussetzungen	1055
c) Geltendmachung hypothetischer Voraussetzungen durch enttäuschte Erbanwärter	1058
8. Folgerungen der Testamentsgestaltung aus der Auslegungspraxis	1059
a) Auslegungsgrundsätze, die die Testamentsgestaltung vor allem beein- flussen	1060
b) Die Reaktion der Testamentsgestaltung auf diese Auslegungsgrundsätze	1060
c) Sprachliche Fassung der Verfügung von Todes wegen	1061
§ 24 Die Anfechtung von Verfügungen von Todes wegen	1063
1. Anfechtungsmöglichkeiten von Verfügungen von Todes wegen	1063
2. Die einzelnen erbrechtlichen Anfechtungsgründe	1064
a) Anfechtung wegen Irrtums über die Erklärungshandlung oder die Erklärungsbedeutung	1064
b) Anfechtung wegen Drohung	1065
c) Anfechtung wegen Irrtums im Beweggrund (Motivirrtum)	1065
d) Anfechtung wegen Übergehung eines Pflichtteilsberechtigten	1068
e) „Unbewusste Vorstellungen“ als erbrechtlicher Anfechtungsgrund	1069
f) Motivangabe in der Verfügung	1071
g) Einschränkung der Anfechtungsmöglichkeit durch Kausalitäts- bzw. Erheblichkeitsprüfung	1071
h) Vorausverzicht auf das Anfechtungsrecht	1072
i) Bestätigung einer anfechtbaren Verfügung von Todes wegen	1073
3. Anfechtungsberechtigung	1074
a) Die Selbstanfechtung des Erblassers	1074
b) Die Anfechtung durch Dritte (Fremdanfechtung)	1076
c) Andere Vertragsschließende	1077
4. Die Anfechtungserklärung	1078
a) Bei Fremdanfechtung	1078
b) Bei Selbstanfechtung	1078
5. Die Anfechtungsfrist	1078
6. Einrede der Anfechtbarkeit	1079
7. Die Wirkung der Anfechtung	1079
8. Beweislast	1080

Inhaltsverzeichnis

9. Das Verhältnis der ergänzenden Auslegung zur Anfechtung wegen Motiv- irrtum	1080
10. Übersicht über die Anfechtungsmöglichkeiten in Verfügungen von Todes wegen	1081
11. Die bedingte Anfechtung	1082
a) Allgemeines	1082
b) Die Eventualanfechtung	1082
c) Vorrang der Auslegung	1083
§ 25 Die Ausschlagung der Erbschaft	1084
1. Allgemeines	1084
2. Beginn der Ausschlagungsfrist, Hemmung	1085
3. Gründe für die Erbausschlagung sind vor allem:	1086
4. Die rechtliche Wirkung der Ausschlagung	1086
5. Ausschlagung zwecks Befreiung von der erbrechtlichen Bindung	1086
6. Die Anfechtung der Ausschlagung nach den §§ 119 ff.	1087
7. Die bedingte Ausschlagung	1089
a) Allgemein über das Bedingungsrecht	1089
b) Allgemeines zur bedingten Ausschlagung	1090
Sachverzeichnis	1093